Beschluss

Finanzwissen ist Klassenfrage - Für mehr finanzielle Bildung an unseren Schulen

Gremium:	Lako
Beschlussdatum:	20.09.2026
Tagesordnungspunkt:	6 Antragsberatung

Antragstext

Die Finanzwirtschaft ist ein prägender Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Trotzdem verlassen die meisten jungen Menschen die Schule, ohne je gelernt zu haben, wie Zinsen, Kredite, Versicherungen oder Kapitalmärkte funktionieren. Dieses Wissen wird stattdessen nur dort weitergegeben, wo es bereits vorhanden ist. Wer aus einem Elternhaus mit Depot kommt, lernt früh, wie Vermögen entsteht und wächst. Wer aus einem Elternhaus kommt, in dem am Monatsende gerechnet werden muss, lernt vor allem, dass Geld Angst macht. Finanzielle Bildung ist damit eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit!

Die Lücke, die die Schule lässt, füllen selbsternannte Finfluencer:innen, provisionsgetriebene Vertriebsstrukturen, dubiose Coaching-Angebote und Krypto-Versprechen. Wer nichts über Finanzen weiß, ist ihnen ausgeliefert. Und wer die Finanzwirtschaft nicht versteht, kann sie auch politisch nicht kontrollieren.

Die Finanzmärkte sind kein Naturgesetz. Sie sind menschengemacht, folgen politisch gesetzten Regeln, weshalb es möglich ist, diese politisch zu gestalten. Dieses Verständnis fehlt heute vielen Menschen. Die Finanzwirtschaft erscheint als das große Unbekannte, als undurchschaubare Sphäre von Expert:innen, in die man sich besser nicht einmischt. Die Einarbeitung in diese Themen scheint sogar für Politiker:innen so komplex zu sein, dass Ansätze der politischen Einflussnahme oft gar nicht erst versucht werden oder durch massiven Einfluss von Interessensgruppen abgeschwächt werden. Diese gefühlte Ohnmacht ist politisch fatal!

Ein kritisches Grundverständnis der Finanzwirtschaft ist deshalb notwendig, um demokratisch auf die Finanzmärkte einwirken zu können. Wer weiß, wie Banken Geld schöpfen, wie Spekulation funktioniert und wie die Finanzkrise 2008 entstehen konnte, versteht auch, warum Regulierung, Aufsicht und eine gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen und Finanztransaktionen notwendig sind. Banker:innen und Konzerne können nur so lange machen, was sie wollen, wie die Mehrheit sich nicht zutraut, ihnen auf die Finger zu schauen.

Kritik und eigene Teilhabe sind dabei kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Emanzipation! Gerade junge Menschen aus Arbeiter:innenfamilien sollen sich ohne Angst und ohne teure Fehlentscheidungen in der Finanzwelt bewegen können. Es geht dabei nicht darum, dass jede:r wissen soll, wie richtig an Börsen spekuliert wird. Es geht um ein allgemeines Verständnis von Finanzen. Dies beginnt bei der Einordnung von Verträgen und Versicherungen und geht mit der Altersvorsorge über die Grundlagen des Kapitalmarkts. Vorsorge und

Vermögensaufbau dürfen kein Privileg derer sein, die es von zu Hause mitbekommen!

Dazu gehört auch, aktuelle sozialpolitische Reformdebatten überhaupt bewerten zu können. Wer die Funktionsweise kapitalgedeckter Vorsorge versteht, kann einordnen, warum Projekte wie eine solidarisch ausgestaltete Kapitalrente die gesetzliche Rente sinnvoll ergänzen können oder wo sich neoliberale Privatisierungsfantasien in die Rentendiskussion einschleichen. Diese Unterscheidung zu treffen, ist ohne finanzielle Grundbildung schlicht nicht möglich. Eine mündige Gesellschaft braucht Bürger:innen, die solche Debatten führen können.

Klar ist für uns dabei: Finanzielle Bildung ersetzt keine Sozialpolitik und der Finanzkapitalismus muss weiterhin überwunden werden! Wer von Armut betroffen ist, ist nicht schlecht informiert, sondern hat zu wenig Geld. Die neoliberale Erzählung, jede:r sei ihres bzw. seines Glückes Schmied und Armut sei ein individuelles Versagen, weisen wir entschieden zurück. Gute Löhne, ein starker Sozialstaat, eine gerechte Verteilung von Vermögen bleiben die Voraussetzung dafür, dass finanzielle Bildung überhaupt etwas nützt. Aber eben weil das so ist, dürfen wir das Feld der Finanzbildung nicht denen überlassen, die daraus ein Verkaufsgespräch machen!

Die Jusos Thüringen fordern daher:

1. Finanzielle Bildung wird verbindlicher Bestandteil der Thüringer Lehrpläne, und zwar an allen Schulformen.

2. Die Inhalte umfassen sowohl praktische individuelle Kompetenzen (Haushaltsplanung, Konten, Kredite und Schuldenprävention, Verträge, Versicherungen, Steuern, Altersvorsorge, Grundlagen von Aktien, Fonds und ETFs) als auch kritische Finanzmarktkompetenz (Funktionsweise von Banken und Kapitalmärkten, Geldschöpfung, Spekulation und Finanzkrisen, Regulierung und Besteuerung von Kapital sowie die Verteilung von Vermögen in Deutschland).

3. Finanzielle Bildung an Schulen erfolgt unabhängig von den Verkaufsinteressen der Finanzindustrie. Unterrichtsmaterialien und externen Angeboten von Banken, Versicherungen und Finanzvertrieben mit Produktbezug haben im Klassenzimmer nichts verloren. Stattdessen sind Verbraucherzentralen, Schuldner:innenberatungen und unabhängige Bildungsträger als Kooperationspartner:innen heranzuziehen.

4. Lehrkräfte erhalten verpflichtende Fort- und Weiterbildungsangebote zur finanziellen Bildung, damit die Inhalte fachlich fundiert und didaktisch gut vermittelt werden können. Das Land stellt hierfür die notwendigen Mittel bereit.

Antragsbegründung

erfolgt mündlich